

Politische Homogenität in der Wissenschaft und die Erforschung ideologischer Unterschiede: Verzerrungen, Befunde und Gegenbefunde

Die zentrale These, die hier geprüft werden soll, lautet in vereinfachter Form: Wenn Wissenschaftler Unterschiede in der *Gesinnung* oder politischen Ideologie untersuchen – insbesondere dort, wo Gruppen mit als negativ wahrgenommenen Eigenschaften belegt werden, etwa Aussagen wie „Konservative sind weniger intelligent“ oder „Rechte haben weniger Empathie“ – dann gehören die Forscher, die solche Arbeiten durchführen, in der Regel nicht jener politischen Gruppe an, der diese nachteiligen Eigenschaften zugeschrieben werden. Diese These impliziert ein systematisches Muster politischer Asymmetrie in der Wissenschaft: Die forschende Zunft sei mehrheitlich ideologisch links der Mitte verortet, und dies prägt Auswahl der Fragestellungen, Konstruktion der Messinstrumente, Interpretation der Daten und öffentliche Kommunikation der Ergebnisse, häufig zum Nachteil konservativer oder „rechter“ Gruppen.^{3 3 18} Die vorliegende Arbeit wertet einschlägige wissenschaftliche Literatur aus, die diese These stützen oder widerlegen kann. Im Zentrum stehen dabei empirische Befunde zur politischen Zusammensetzung der Wissenschaft, theoretische Modelle politischer Verzerrung in der Forschung, konkrete Fallstudien zu Intelligenz, Empathie, Moral, Vorurteilen und Verschwörungsglauben sowie Meta-Analysen zu parteiischer Voreingenommenheit. Der Befund, der sich aus der Gesamtschau ergibt, ist komplex: Es gibt überzeugende Hinweise auf eine starke politische Homogenität, insbesondere in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften, und ebenso auf vielfältige Mechanismen, durch die diese Homogenität Forschung über ideologische Unterschiede verzerren kann.^{3 3 10 10 18} Zugleich zeigen eine wachsende Zahl von Replikationsversuchen, Meta-Analysen und Arbeiten zu symmetrischen kognitiven Verzerrungen, dass nicht jede berichtete Asymmetrie (etwa „Konservative sind ängstlicher“ oder „Liberalen sind moralisch überlegen“) auf politisch verzerrte Forschung reduziert werden kann, sondern dass empirische Effekte teilweise real, teilweise übertrieben und teilweise nicht replizierbar sind.^{8 9 23} Insgesamt lässt sich sagen: Die Ausgangsthese trifft im Kern einen wichtigen Punkt – politische Homogenität und ideologische Distanz zwischen Forschern und erforschten Gruppen begünstigen asymmetrische, konservativen-feindliche Narrative –, doch die Realität ist weniger monolithisch als oft angenommen und enthält sowohl asymmetrische als auch symmetrische und null Befunde.

1. Klärung der Fragestellung und begriffliche Grundlagen

1.1. Die zu prüfende These im Kontext der Literatur

Die vom Nutzer formulierte These richtet den Blick auf ein spezifisches Muster in der politisch-psychologischen Forschung: Forscher untersuchen Gruppenunterschiede – etwa zwischen Konservativen und Liberalen – und berichten Defizite oder negative Eigenschaften vorzugsweise bei jener Gruppe, deren politische Ideologie sich von der eigenen unterscheidet und gesellschaftlich ohnehin eher stigmatisiert ist. Im anglophonen Raum läuft dies häufig auf eine Konstellation

hinaus, in der überwiegend liberal oder progressiv eingestellte Sozialwissenschaftler konservative oder rechte Milieus als kognitiv, emotional oder moralisch defizitär beschreiben.^{3 3 10 10 18} Beispiele sind Arbeiten, die konservative Personen mit höherer Bedrohungs- oder Ekel-Sensitivität, stärkerer Verschwörungsneigung oder geringerer Offenheit, Empathie oder kognitiver Fähigkeit in Verbindung bringen.^{8 11 14 16 17 23 16} Die These suggeriert, dass hier eine Form von „Tribalismus“ am Werk ist: Wissenschaftler, die sich selbst eher der linken Hälfte des politischen Spektrums zurechnen, untersuchen „die anderen“ und finden bei ihnen genau jene Eigenschaften, die im eigenen Milieu als negativ oder bedenklich gelten.^{3 3}

Damit verbindet sich eine zweite Annahme: Die Forschung über ideologische Unterschiede ist nicht ideologisch neutral, sondern eingebettet in einen Kontext starker politischer Polarisierung und kognitiver Verzerrungen wie Bestätigungsfehler und motiviertes Denken.^{2 4 24} Es wäre also naiv, anzunehmen, dass Forscher von diesen Mechanismen unberührt bleiben. Im Gegenteil argumentieren Autoren wie Honeycutt und Jussim explizit, dass Sozialwissenschaftler denselben kognitiven, motivationalen und gruppenbezogenen Verzerrungen unterliegen wie andere Menschen, und dass diese Verzerrungen in Kombination mit einer politischen Einseitigkeit des Feldes systematische Probleme für die Wahrheitsfindung erzeugen.^{3 3} Die Kernfrage lautet daher: In welchem Ausmaß ist belegt, dass die politische bzw. ideologische Gesinnung der Forscher sich typischerweise von der der erforschten Gruppen unterscheidet, und dass gerade bei negativ bewerteten Eigenschaften vor allem „fremde“ Ideologien als Träger dieser Defizite dargestellt werden?

Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, mehrere Ebenen zu unterscheiden. Erstens muss geklärt werden, wie die politische Zusammensetzung der relevanten Wissenschaftsbereiche tatsächlich aussieht. Zweitens ist zu untersuchen, welche Mechanismen kognitiver und sozialer Natur theoretisch geeignet sind, die vermutete Verzerrung hervorzubringen. Drittens sind konkrete Forschungsfelder zu analysieren, in denen häufig negative Eigenschaften konservativen Gruppen zugeschrieben werden, etwa Intelligenz, Empathie, Moral oder Vorurteilsbereitschaft. Viertens sind Gegenbefunde und Meta-Analysen zu berücksichtigen, die auf symmetrische Verzerrungen oder fehlende Asymmetrien hinweisen.^{9 23} Erst die Gesamtschau erlaubt eine differenzierte Bewertung der eingangs formulierten These.

1.2. „Gesinnung“, politische Ideologie und ihre Messung

Der Begriff „Gesinnung“ ist im deutschen Sprachgebrauch normativ aufgeladen und unscharf. Für die hier relevante Literatur ist es sinnvoll, ihn durch den Begriff der *politischen Ideologie* zu ersetzen, der in der Forschung üblich ist.^{2 11 16 19} Politische Ideologie bezeichnet ein relativ stabiles Bündel von Überzeugungen, Werten und Einstellungen, das die Beurteilung gesellschaftlicher Fragen strukturiert und sich etwa entlang der Dimension „liberal–konservativ“ oder „links–rechts“ abbilden lässt.^{11 14 22} In vielen Studien werden Selbstplatzierungen auf solchen Dimensionen erhoben oder Parteipräferenzen als Proxy für Ideologie genutzt.^{2 9 11 16 19} Wenn in der These von „Konservativen“ oder „Rechten“ die Rede ist, knüpft dies typischerweise an US-amerikanische Kontexte an, in denen Republikaner und konservative Selbstverortungen auf einer rechtsgerichteten Position stehen, während Demokraten und liberale Selbstverortungen eher links der Mitte verortet werden.¹⁹

Die Messung politischer Ideologie ist jedoch alles andere als trivial. Forscher unterscheiden beispielsweise zwischen ökonomischer und sozial-kultureller Ideologie; außerdem gibt es Debatten darüber, inwieweit Einstellungen zu einzelnen Themen wie Zuwanderung, Religion oder Umverteilung tatsächlich latente Ideologie-Dimensionen abbilden oder eher clusterartig zusammenhängen.^{2 11 22} Für die Frage nach politischer Verzerrung in der Forschung ist insbesondere wichtig, dass Ideologie sowohl bei den untersuchten Personen als auch bei den Wissenschaftlern selbst eine Rolle spielt. Während bei ersteren meist explizite Selbstberichte erhoben werden, ist die Ideologie der Forscher nur indirekt, etwa über Umfragen in Fachverbänden oder über aggregierte Daten zur Parteipräferenz an Universitäten, ersichtlich.^{10 10 18} Dennoch existieren hierzu aussagekräftige Untersuchungen, die im weiteren Verlauf dargestellt werden.

1.3. Kognitive Verzerrungen, Confirmation Bias und motiviertes Denken

Die These impliziert ferner, dass Forscher in ihrer Arbeit systematisch von *Confirmation Bias* und *motiviertem Denken* beeinflusst werden. Bestätigungsfehler bezeichnet die Tendenz, Informationen zu suchen, wahrzunehmen, zu erinnern und zu gewichten, die bestehende Überzeugungen stützen, während widersprechende Informationen weniger beachtet, abgewertet oder aktiv umgedeutet werden.⁴ Motiviertes Denken oder motiviertes Schlussfolgern meint, dass das Ziel der Informationsverarbeitung nicht allein in wahrheitsgetreuer Erkenntnis (accuracy motive) besteht, sondern auch in der Aufrechterhaltung bestimmter Identitäten, moralischer Selbstbilder oder Gruppenloyalitäten (directional motives).²⁴ Der klassische Überblick von Kunda definiert motiviertes Denken als Prozess, bei dem Menschen aus dem Arsenal möglicher Argumente und Interpretationen vor allem jene auswählen, die zu den gewünschten Schlussfolgerungen führen, solange dies subjektiv noch als rational erscheint.²⁴

In der politischen Psychologie wurde motiviertes Denken intensiv untersucht, insbesondere in Bezug auf politische Informationen und die Bewertung von Parteien und Kandidaten.^{2 7 9 24} Meta-analytische Arbeiten zeigen, dass Anhänger verschiedener politischer Lager in ähnlichem Ausmaß dazu neigen, Informationen selektiv aufzunehmen und zu interpretieren, die mit ihren Überzeugungen übereinstimmen.⁹ Dies spricht dafür, dass der Mechanismus selbst ideologisch neutral ist, seine konkrete Ausprägung aber von der jeweiligen Kontextlage, Machtverhältnissen und medialen Umwelten abhängt. Dass Wissenschaftler hiervon ausgenommen wären, ist unwahrscheinlich. Honeycutt und Jussim argumentieren explizit, dass es keinen Grund gebe anzunehmen, Sozialwissenschaftler seien immun gegen dieselben kognitiven, motivationalen und sozialen Prozesse, die auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu Verzerrungen führen.^{3 3} Wenn diese Forscher zugleich in einem politisch stark homogenen Umfeld arbeiten, in dem abweichende Sichtweisen selten sind, können confirmation bias und motiviertes Denken besonders ungestört wirksam werden.^{3 3 18}

1.4. Politische Polarisierung, Wahrnehmungsverzerrungen und Feindbilder

Die Erforschung ideologischer Unterschiede findet in einer gesellschaftlichen Umgebung statt, die durch erhebliche politische Polarisierung und starke wechselseitige Feindbilder geprägt ist. Arbeiten aus der politischen Soziologie und Politikwissenschaft dokumentieren seit Jahren, dass Republikaner und Demokraten in den USA ideologisch stärker auseinandergerückt sind und dass feindselige Gefühle gegenüber der jeweils anderen Partei deutlich zugenommen haben.^{2 5 19} Eine

Studie des Pew Research Center zeigt, dass der Anteil der Bevölkerung mit konsistent liberalen oder konsistent konservativen Positionen deutlich gestiegen ist, während die ideologische Mitte geschrumpft ist.¹⁹ Gleichzeitig haben sich negative Stereotype über die jeweils andere Partei massiv verstärkt, insbesondere bei politisch stark engagierten Bürgern.¹⁹

Besonders relevant für die vorliegende Fragestellung sind Forschungen zum sogenannten „perception gap“, also zur Verzerrung der eigenen Wahrnehmung der politischen Gegenseite. Eine groß angelegte Studie in den USA zeigt, dass Demokraten und Republikaner die extremen Meinungen in der jeweils anderen Partei deutlich überschätzen; sie glauben, viel mehr der politischen Gegner hielten extremistische Positionen, als tatsächlich der Fall ist.²¹ Diese Wahrnehmungsverzerrung ist bei den politisch aktivsten und ideologisch „reinsten“ Gruppen am stärksten ausgeprägt, etwa bei „Progressive Activists“ und „Devoted Conservatives“.²¹ Hinzu kommt, dass ein höherer Medienkonsum mit einem größeren perception gap einhergeht und dass bei Demokraten eine höhere formale Bildung die Verzerrung der Wahrnehmung von Republikanern eher verstärkt als reduziert.²¹ Diese Befunde legen nahe, dass gerade hochgebildete, politisch engagierte Personen – zu denen viele Wissenschaftler gehören dürften – ein besonders verzerrtes Bild der politischen Gegenseite haben können.

Vor diesem Hintergrund erscheint die These, dass liberale oder progressive Forscher konservative Gruppen als kognitiv oder moralisch defizitär darstellen, weniger als bloße Unterstellung, sondern als plausible Hypothese, die sich in ein umfassenderes Muster von Wahrnehmungsverzerrungen und Polarisierung einfügt.^{3 3 9 21} Allerdings ist empirisch im Detail zu prüfen, in welchem Umfang und auf welchen Ebenen sich diese Verzerrungen im Forschungsprozess niederschlagen.

2. Politische Homogenität in den Sozialwissenschaften

2.1. Empirische Hinweise auf ideologische Schief lagen

Eine zentrale Voraussetzung der eingangs formulierten These ist die Annahme, dass die relevante Wissenschaftscommunity – besonders in den Sozial- und Verhaltenswissenschaften – politisch keineswegs repräsentativ zusammengesetzt ist, sondern eine deutliche Überrepräsentation liberaler bzw. linksgerichteter Positionen aufweist. Hierzu liegen inzwischen zahlreiche Befunde vor, die zwar nicht in jedem Detail übereinstimmen, aber im Gesamtbild eine klare Tendenz zeigen. Honeycutt und Jussim referieren in ihrem Modell politischer Verzerrung in der sozialpsychologischen Forschung eine Reihe von Untersuchungen, die eine starke Überrepräsentation liberaler oder linksgerichteter Wissenschaftler dokumentieren.^{3 3} Sie verweisen unter anderem auf Arbeiten, die für Fachgesellschaften wie die Society for Personality and Social Psychology (SPSP) erhebliche politische Homogenität nachweisen; konservative Forscher sind hier eine deutliche Minderheit, oft im einstelligen Prozentbereich.^{3 3}

Ähnliche Befunde werden von der Initiative Heterodox Academy berichtet, die sich explizit für größere politische und ideologische Diversität im Wissenschaftsbetrieb einsetzt. In einem programmatischen Beitrag zur politischen Diversität in der Sozialpsychologie reagieren Duarte und Kollegen auf 33 Kritiken und argumentieren, dass das Feld in hohem Maße liberal dominiert sei.¹⁰ ¹⁰ Sie führen aus, dass Umfragen unter Sozialpsychologen in den USA Mehrheiten von 80 bis 90 Prozent für linksliberale Positionen ergeben und dass konservative oder rechte Perspektiven

deutlich unterrepräsentiert sind.^{10 10} Dies wird unter anderem darauf zurückgeführt, dass konservative Forscher in akademischen Kontexten Diskriminierungserfahrungen machen, etwa durch subtile Abwertung, Schwierigkeiten bei der Publikation oder informelle Ausschlüsse.¹⁰

Auch außerhalb spezialisierter Fachverbände gibt es Hinweise auf eine starke politische Schieflage in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Ein Beitrag in *Education Week* argumentiert etwa, dass in diesen Bereichen eine überwältigende Mehrheit der Professoren auf einer Seite des politischen Spektrums stehe und konservative Sichtweisen deutlich unterrepräsentiert seien.¹⁸ Der Autor betont, dass sich dies sowohl in Selbstberichten der Professoren als auch in Spendenmustern und anderen Indikatoren zeige.¹⁸ Obwohl es sich hierbei um einen Essay handelt, stützt er sich auf diverse empirische Erhebungen. Zusammengenommen entsteht das Bild eines Wissenschaftsmilieus, in dem konservative oder rechte politische Orientierungen keineswegs gleichverteilt, sondern deutlich in der Minderheit sind.

2.2. Politische Homogenität als systemisches Phänomen

Diese politische Homogenität ist nicht zufällig, sondern das Ergebnis verschiedener Selektions- und Selbstselektionsprozesse. Einige Forscher argumentieren, dass Menschen mit bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen und moralischen Grundlagen eher in akademische Berufe streben und dass diese Merkmale stärker mit liberalen als mit konservativen Ideologien korrelieren.^{11 14 22} Moral Foundations Theory etwa zeigt, dass liberale Personen überproportional stark auf die moralischen Dimensionen *care/harm* und *fairness/cheating* fokussieren, während konservative Menschen zusätzlich auch *loyalty/betrayal*, *authority/subversion* und *sanctity/degradation* stärker gewichten.^{14 22} Diese unterschiedliche moralische Architektur könnte dazu führen, dass liberale Personen eher in Berufsfelder drängen, die sich mit Fürsorge, Gleichheit und Gerechtigkeit befassen, während konservative Personen Bereiche bevorzugen, die Ordnung, Loyalität und Tradition betonen.

Zugleich existieren Hinweise darauf, dass der akademische Betrieb für konservative Personen ein feindseliges Umfeld sein kann, was Selbstselektion und Abwanderung verstärkt.^{10 18} Duarte und Kollegen verweisen auf Berichte konservativer Sozialpsychologen, die sich in ihren Fachgemeinschaften isoliert erleben und Erfahrungen mit expliziten oder impliziten Diskriminierungen machen.¹⁰ Der Education-Week-Artikel argumentiert, dass konservative Nachwuchswissenschaftler sich häufig von einer akademischen Karriere abwenden, weil sie befürchten, mit ihren Ansichten keine faire Behandlung zu erfahren.¹⁸ Dies führt zu einem sich selbst verstärkenden Kreislauf: Je homogener das Feld bereits ist, desto stärker wirken Konformitätsdruck, normative Erwartungen und potenziell auch echte Diskriminierung, was wiederum Ideologievelfalt weiter reduziert.

Honeycutt und Jussim betonen, dass extreme ideologische Homogenität „signifikante Probleme für die Verfolgung wissenschaftlicher Wahrheit“ erzeugen kann.^{3 3} Die Homogenität verstärkt bestehende kognitive und soziale Verzerrungen, da abweichende Sichtweisen fehlen, die frühzeitig auf methodische oder interpretative Schwächen hinweisen könnten. In einer politisch heterogenen Gruppe würden Fehler, die aus ideologischer Einseitigkeit entstehen, eher auffallen; in einer homogenen Gruppe besteht hingegen die Gefahr eines „blinden Flecks“, den niemand sieht, weil alle ihn teilen.^{3 3}

2.3. Konsequenzen für Forschung über politische Unterschiede

Für die vorliegende Fragestellung ist besonders relevant, dass diese politische Homogenität gerade in jenen Disziplinen ausgeprägt ist, die sich intensiv mit politischen Einstellungen, Vorurteilen und ideologischen Differenzen beschäftigen. Sozialpsychologie, Politische Psychologie und Teile der Soziologie und Kommunikationswissenschaft gehören hierzu.^{2 3 3 7 9} Wenn in diesen Bereichen eine deutliche Mehrheit der Forscher liberal oder linksorientiert ist, während konservative oder rechte Ideologien vor allem „Forschungsgegenstand“ sind, entsteht eine systematische Asymmetrie: Diejenigen, die forschen, gehören typischerweise nicht der Gruppe an, die in der Forschung als Träger negativer Eigenschaften dargestellt wird.

Honeycutt und Jussim zeigen detailliert, wie sich diese Asymmetrie in Theorien, Fragestellungen und Interpretation manifestieren kann.^{3 3} Sie verweisen etwa darauf, dass viele einflussreiche Theorien in der Sozialpsychologie konservative Ideologien mit Defiziten wie Autoritarismus, Dogmatismus oder kognitiver Starrheit verbinden, ohne dass äquivalente Konstrukte entwickelt wurden, die potenzielle Defizite liberaler Ideologien beschreiben.^{3 3} Politische Biases manifestierten sich demnach unter anderem in der Entwicklung von Theorien, die Liberale schmeicheln und Konservative abwerten.^{3 3} Dies steht in direktem Zusammenhang mit der eingangs formulierten These.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es gut belegt ist, dass die Sozial- und Verhaltenswissenschaften, insbesondere in Nordamerika und Westeuropa, eine starke links-liberale Dominanz aufweisen.^{3 10 10 18 3} Konservative und rechte Wissenschaftler sind eine Minderheit. Insofern ist die erste Voraussetzung der These – dass die Gesinnung der Forscher typischerweise nicht der Gesinnung jener Gruppen entspricht, denen negative Eigenschaften zugeschrieben werden – empirisch gut begründet. Die weiterführende Frage ist, wie genau sich dies in der praktischen Forschung niederschlägt.

3. Mechanismen politischer Verzerrung im Forschungsprozess

3.1. Themenwahl und „premature foreclosure“

Ein erster Mechanismus politischer Verzerrung betrifft die Auswahl der Forschungsfragen. Honeycutt und Jussim argumentieren, dass kognitive, motivationale und soziale Faktoren beeinflussen, welche Fragen Forscher überhaupt für wichtig halten und welche sie vernachlässigen.^{3 3} Politische Homogenität kann demnach dazu führen, dass bestimmte Fragen aus ideologischen Gründen gar nicht gestellt werden, während andere überproportional oft untersucht werden. Jussim und Kollegen sprechen in diesem Zusammenhang von „premature scientific foreclosure“ – dem Phänomen, dass ein Forschungsfeld de facto als abgeschlossen betrachtet wird, obwohl die Evidenzlage nicht hinreichend robust ist, weil weitere Untersuchungen, insbesondere aus abweichenden Perspektiven, unterbleiben.^{3 3}

Ein Beispiel ist die Forschung zu angeblichen Defiziten konservativer Ideologie. Wenn ein Feld überwiegend von liberalen Forschern dominiert wird, kann es verlockend sein, theoretische Modelle zu entwickeln, die konservative Positionen als Ausdruck von Angst, Bedrohung oder kognitiver Einfachheit interpretieren, während liberale Positionen als rational, aufgeklärt und empathisch erscheinen.^{3 3} Die Themenwahl spiegelt dann eher die politischen Intuitionen der Forscher wider als

eine neutral abwägende Agenda. Gleichzeitig ist es weniger attraktiv, Forschung zu betreiben, die mögliche Schattenseiten liberaler Ideologie beleuchtet, da sie im eigenen Milieu auf Widerstand stoßen könnte.

Der Education-Week-Beitrag von Hess weist in dieselbe Richtung, wenn er argumentiert, dass politische Homogenität die Bandbreite der gestellten Fragen verengt.¹⁸ Themen, die für konservative Forscher interessant wären – etwa die positiven Funktionen von Tradition, Religion oder Marktmechanismen – würden oft gar nicht erst aufgegriffen, weil die dominanten liberalen Forscher sie nicht als relevant erachten.¹⁸ Die Folge sei, dass politisch bedeutsame Fragen, die die Politikgestaltung verbessern könnten, aus Angst vor politischer Kontroverse oder aus schlichter Uninteressiertheit der Mehrheit unbeforscht bleiben.¹⁸

3.2. Messinstrumente und Konstrukte als Träger politischer Werte

Ein zweiter wichtiger Mechanismus betrifft die Operationalisierung von Konstrukten und die Gestaltung von Messinstrumenten. Wenn politische Werte unausgesprochen in die Formulierung von Items eingehen, kann dies dazu führen, dass konservative Einstellungen systematisch schlechter abschneiden, obwohl die Messung nur scheinbar ideologieneutral ist.^{3 3} Honeycutt und Jussim diskutieren hierzu das Beispiel der Persönlichkeitseigenschaft *Openness to Experience*, die in vielen Studien negativ mit konservativer Ideologie korreliert.^{3 3} In manchen Fragebögen umfasst Offenheit Items, die explizit religiöse Vorstellungen problematisieren oder Distanz zu Religion als Indikator von Offenheit werten. Dadurch kann ein Teil der gemessenen „Offenheit“ in Wahrheit nur die Distanz zu Religion erfassen, die mit liberalen Einstellungen korreliert.^{3 3} Studien, die dann feststellen, konservative Menschen seien weniger offen, könnten so ein Artefakt ihrer Messung reproduzieren.

Dieses Problem lässt sich allgemein auf Konstrukte übertragen, die scheinbar normative Standards wie „Vorurteil“, „Toleranz“, „Empathie“ oder „Autoritarismus“ messen.^{3 3 20} Wenn die Items so formuliert sind, dass bestimmte konservative Positionen – etwa Skepsis gegenüber umfassender Umverteilung, Betonung von Grenzkontrollen oder Ablehnung bestimmter identitätspolitischer Forderungen – direkt als Ausdruck von Intoleranz oder Vorurteil gewertet werden, während analog gelagerte negative Haltungen gegenüber konservativen Gruppen nicht erfasst werden, entsteht eine systematische Schieflage. Racial-bias-Forschung zeigt, dass gesellschaftliche Narrative und Machtverhältnisse stark beeinflussen, welche Formen von Vorurteil überhaupt thematisiert werden.²⁰ In einem Umfeld, in dem konservative Gruppen häufig als mächtig und privilegiert beschrieben werden, können negative Einstellungen gegenüber diesen Gruppen leicht unter dem Radar der Vorurteilsforschung bleiben.

Reyna verweist in einer Übersicht (auf die Honeycutt und Jussim Bezug nehmen) darauf, dass politische Werte sich bereits in der Wortwahl und der Struktur von Fragen niederschlagen können, etwa wenn riskante Verhaltensweisen von Minderheiten milder formuliert werden als strukturell ähnliche Verhaltensweisen von Mehrheitsgruppen.³ Dies verdeutlicht, dass Messinstrumente selbst Träger von Werten und Narrativen sind und nicht als neutral vorausgesetzt werden können.

3.3. Interpretation und Framing von Befunden

Ein dritter Mechanismus politischer Verzerrung zeigt sich in der Art und Weise, wie empirische Befunde interpretiert und kommuniziert werden. Honeycutt und Jussim dokumentieren ausführlich, dass Unterschiede zwischen Liberalen und Konservativen häufig in einer Weise gerahmt werden, die Konservative stigmatisiert, obwohl die gleiche empirische Konstellation auch neutral oder sogar so interpretiert werden könnte, dass sie Liberalen eher ungünstig erscheint.^{3 3} Sie sprechen in diesem Zusammenhang vom „high-low fallacy“: Aus einer verteilten Eigenschaft wird ein normativer Wert abgeleitet, indem die Gruppe mit dem höheren Wert gelobt und die mit dem niedrigeren Wert getadelt wird, ohne zu prüfen, ob der hohe Wert möglicherweise negative Implikationen hat oder ob die Normativität der Skala überhaupt geklärt ist.³

Ein Beispiel wäre die Feststellung, dass Liberale im Durchschnitt höhere Werte auf einer Skala für „Offenheit für neue Erfahrungen“ erreichen als Konservative.^{11 16} Dies kann so interpretiert werden, dass Liberale kreativer, neugieriger und kognitiv flexibler seien – alles positive Attribute. Man könnte aber ebenso argumentieren, dass höhere Offenheit mit Instabilität, Impulsivität oder mangelnder Verlässlichkeit einhergehen kann und dass die konservative Präferenz für Stabilität und Vertrautheit in bestimmten Kontexten funktional ist.^{14 22} Wenn Forscher jedoch normative Annahmen aus ihrer eigenen Ideologie in die Interpretation einspeisen, wird die höhere Offenheit der Liberalen selbstverständlich als Tugend gedeutet, während die geringere Offenheit der Konservativen als Defizit erscheint.

Ähnliche Verzerrungen können auftreten, wenn physiologische Reaktionen oder Persönlichkeitsmerkmale untersucht werden. In der Debatte um angeblich stärkere Bedrohungs- und Ekelreaktionen bei Konservativen hat die ursprüngliche Studie von Oxley et al. nahegelegt, dass eine Art generalisierte „Negativitäts-Bias“ biologische Wurzel konservativer Einstellungen sei.⁸ In der öffentlichen und teilweise auch akademischen Rezeption wurde dies häufig so interpretiert, dass Konservative „ängstlicher“, „ängstlicher gegenüber dem Neuen“ oder „disproportional fokussiert auf Bedrohungen“ seien, was in normativen Kontexten negativ wirkt. Replikationsversuche fanden allerdings keine robuste Evidenz für eine solche allgemeine physiologische Negativitäts-Bias, was die Interpretation der ursprünglichen Befunde in Frage stellt.⁸ Die Tendenz, konservative Merkmalsausprägungen unmittelbar zu pathologisieren, ohne alternative Rahmen wie „Sensibilität gegenüber Gefahren“ oder „Präferenz für Sicherheit“ zu prüfen, lässt sich als Ausdruck politisch gefärbter Interpretation ansehen.^{3 3 8}

3.4. Publikationsbias, Replikationskrise und selektive Sichtbarkeit

Ein vierter Mechanismus betrifft Publikationsentscheidungen und die Sichtbarkeit von Forschung. Die sogenannte Replikations- oder Reproduzierbarkeitskrise in Psychologie und anderen Disziplinen hat deutlich gemacht, dass viele publizierte Befunde sich in Replikationsversuchen nicht bestätigen lassen.²⁶ Ein wichtiger Treiber dieser Krise ist der „publication bias“: Studien mit signifikanten, „interessanten“ oder theoretisch erwünschten Ergebnissen werden eher publiziert, während Nullbefunde, nicht signifikante Ergebnisse oder Befunde, die etablierten Narrativen widersprechen, schwerer veröffentlicht werden.^{27 26} In einem Feld mit starker politischer Homogenität kann dies bedeuten, dass Studien, die Konservative in einem schlechten Licht

erscheinen lassen, eine höhere Veröffentlichungschance haben als Studien, die dies nicht tun oder die Liberale in einem ungünstigen Licht zeigen.

Eine Übersicht zum Umgang mit positivem Publikationsbias betont, dass Fachzeitschriften und Gutachter negative Ergebnisse nicht ausschließen sollten, da sonst das wissenschaftliche Bild systematisch verzerrt wird.²⁷ Dennoch zeigt die Praxis, dass es nach wie vor schwierig ist, Nullbefunde oder theoretisch unerwartete Ergebnisse unterzubringen. Überträgt man dies auf politisch brisante Themen, liegt die Vermutung nahe, dass Studien, die gängige liberal-progressive Narrative über konservative Defizite stützen, leichter reüssieren als solche, die diese Narrative in Frage stellen.^{3 3 18}

Das Beispiel der physiologischen Studien zu Bedrohungs- und Ekelreaktionen illustriert dies: Die ursprüngliche Studie, die einen Zusammenhang zwischen konservativer Ideologie und stärkeren physiologischen Reaktionen auf bedrohliche Stimuli berichtete, wurde in einer Spitzenzeitschrift publiziert und erzielte große Aufmerksamkeit.⁸ Spätere, methodisch aufwändige Replikationen, die keinen robusten Zusammenhang fanden, mussten sich ihren Weg in die Literatur erst bahnen und haben in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute weniger Resonanz gefunden.⁸ Dies führt zu einer asymmetrischen Wahrnehmung: Die Idee des „ängstlichen Konservativen“ bleibt im kollektiven Gedächtnis haften, während die korrigierende Evidenz weniger präsent ist.

3.5. Soziale Sanktionen, Selbstzensur und Suppression von Forschung

Schließlich spielen auch soziale Sanktionen und Selbstzensur eine Rolle. Honeycutt und Jussim argumentieren, dass Forscher, die Ergebnisse produzieren, die vorherrschende egalitaristische oder progressive Narrative in Frage stellen, mit Kritik, Ausgrenzung oder Karrierenachteilen rechnen müssen.³ Dies kann zu einer „Unterdrückung von Forschungsideen und -ergebnissen aus Angst vor dem Unmut der Kollegen“ führen, was wiederum eine Verzerrung des veröffentlichten Wissensbestands erzeugt.³ Duarte und Kollegen berichten, dass konservative Sozialpsychologen häufig davon abraten, Forschung zu Themen zu betreiben, bei denen sie erwarten, dass die Ergebnisse ihren eigenen politischen Ansichten widersprechen oder kontrovers sind, weil sie negative Reaktionen im Fach erwarten.¹⁰

Der Education-Week-Autor Hess schlägt in dieselbe Kerbe, wenn er schreibt, dass politische Homogenität dazu führe, dass Wissenschaftler mit heterodoxen Ansichten Forschungsfragen meiden, die politisch brisant sind oder gegen die akademische Mehrheitsmeinung verstoßen.¹⁸ Dies betreffe etwa Fragen nach den unbeabsichtigten Nebenfolgen progressiver Bildungsreformen oder nach den positiven Funktionen von Wettbewerb und Disziplin in Schulen.¹⁸ Auch wenn diese Beispiele aus der Bildungspolitik stammen, lässt sich das Grundmuster auf die politische Psychologie übertragen: Forschung, die mögliche Defizite in liberalen Milieus thematisiert – etwa Intoleranz gegenüber Konservativen oder eine Tendenz zur moralischen Selbstüberhöhung – könnte unwillkommen sein und daher seltener durchgeführt oder veröffentlicht werden.^{3 3 15 21}

Insgesamt zeigen diese Mechanismen, wie politische Homogenität in Verbindung mit kognitiven Verzerrungen und sozialen Sanktionen dazu führen kann, dass Forschung über ideologische Unterschiede in einer Weise strukturiert wird, die konservative oder rechte Gruppen tendenziell negativer darstellt als linke oder liberale Gruppen. Diese Mechanismen machen die eingangs

formulierte These plausibel und liefern eine theoretische Grundlage für die empirische Prüfung anhand konkreter Forschungsfelder.

4. Empirische Fallstudien: Intelligenz, Empathie, Moral und Vorurteile

In diesem Abschnitt werden exemplarisch einige zentrale Forschungsfelder betrachtet, in denen häufig Unterschiede zwischen liberalen und konservativen Personen berichtet werden. Dabei interessiert insbesondere, ob und wie diese Arbeiten konservative Gruppen mit negativ bewerteten Eigenschaften verbinden und ob Hinweise darauf vorliegen, dass die politische Gesinnung der Forschenden dabei eine Rolle gespielt haben könnte. Die Auswahl ist nicht vollständig, deckt aber zentrale Diskussionsfelder ab: kognitive Fähigkeiten, Empathie, Moralpsychologie, Vorurteile und Verschwörungsglauben.

4.1. Intelligenz, kognitive Fähigkeiten und politische Ideologie

Eine Reihe von Studien hat sich mit der Frage beschäftigt, ob kognitive Fähigkeiten – etwa gemessen durch IQ-Tests oder andere Intelligenzmaße – mit politischen Einstellungen korrelieren. Eine aktuelle Arbeit von Kirkegaard und Kollegen untersucht beispielsweise, inwieweit IQ und genetische Polygen-Scores für kognitive Fähigkeiten politische Einstellungen vorhersagen.^{16 16} Sie finden, dass sowohl IQ als auch Polygen-Scores signifikant mit verschiedenen politischen Skalen korrelieren. Höhere kognitive Fähigkeiten sagen dabei tendenziell sozial-liberale Einstellungen und geringere Unterstützung für autoritäre oder traditionelle Positionen voraus.^{16 16} Dies lässt sich interpretieren als Hinweis darauf, dass intelligenter Menschen eher linksliberal eingestellt sind.

Die Autoren sind jedoch vorsichtig in der Interpretation: Sie betonen, dass die Korrelation nicht notwendigerweise kausal ist und dass beide Variablen – Intelligenz und Ideologie – durch gemeinsame Hintergrundfaktoren beeinflusst sein können.^{16 16} Außerdem argumentieren sie, dass die gefundenen Zusammenhänge zwar signifikant, aber nicht so stark sind, dass man von fundamentalen intellektuellen Defiziten bestimmter ideologischer Gruppen sprechen könnte.^{16 16} Dennoch werden solche Befunde in der öffentlichen Debatte bisweilen verkürzt zu Aussagen wie „Konservative sind weniger intelligent“.

Eine weitere Studie, die die Beziehung zwischen Persönlichkeitseigenschaften und politischer Ideologie untersucht, findet, dass das Fünf-Faktoren-Modell der Persönlichkeit in spezifischer Weise mit politischen Einstellungen korreliert.¹¹ So zeigen sich beispielsweise Zusammenhänge zwischen Offenheit für Erfahrungen und liberalen Einstellungen sowie zwischen Gewissenhaftigkeit und konservativen Einstellungen.¹¹ Die Autoren kommen jedoch zu dem Schluss, dass Persönlichkeitseigenschaften nicht *verursachen*, dass Menschen bestimmte politische Einstellungen entwickeln, sondern dass die Korrelationen eher durch gemeinsame genetische und umweltbedingte Einflüsse erklärt werden.¹¹ Dies widerspricht einfachen Deutungen, wonach konservative Einstellungen unmittelbar aus „geringerer Offenheit“ oder „kognitiver Starrheit“ resultieren.

Für die These politischer Verzerrung ist hier weniger der Inhalt der Befunde als vielmehr ihre selektive Sichtbarkeit und ihr Framing relevant. Studien, die positive Korrelationen zwischen Intelligenz und liberalen Einstellungen finden, sind attraktiv für ein überwiegend liberal geprägtes

Feld, da sie einen schmeichelhaften Selbstspiegel bieten.^{3 3} Fraglich ist, wie stark negative Befunde oder Nullbefunde wahrgenommen würden. Die genetische Studie betont, dass die Unterschiede relativ moderat sind und dass es keine Determinismen gibt, doch in der öffentlichen Rezeption könnte dies leicht untergehen.^{16 16} Hinzu kommt, dass Studien, die intelligentes konservatives Denken oder rationale Gründe für konservative Positionen betonen, seltener sind – möglicherweise, weil sie weniger intuitiv zur Weltanschauung der Forscher passen.^{3 3}

Aus der Perspektive der eingangs formulierten These lässt sich festhalten: Es gibt empirische Arbeiten, die einen Zusammenhang zwischen Intelligenz und bestimmten politischen Einstellungen finden, wobei höhere kognitive Fähigkeiten eher mit liberalen Einstellungen assoziiert sind.^{16 16 11} Angesichts der nachgewiesenen liberalen Dominanz in relevanten Disziplinen ist plausibel, dass die Mehrheit der Forscher in diesen Studien selbst linksliberal ist.^{3 10 10 18 3} Damit ist die Bedingung der These – Forscher untersuchen eine andere ideologische Gruppe und finden bei ihr einen Defizitindikator – prinzipiell erfüllt. Ob dies jedoch primär auf Verzerrung zurückgeht oder auf reale, wenn auch moderate Zusammenhänge, ist im Einzelfall methodisch sorgfältig zu prüfen.

4.2. Empathie und politische Ideologie: Symmetrien und Asymmetrien

Empathie ist ein weiterer Bereich, in dem häufig ideologische Unterschiede beobachtet werden. Eine Studie, die in drei Ländern durchgeführt wurde, findet, dass liberale Personen im Durchschnitt stärker zur Empathie tendieren und mehr Empathie für andere empfinden als konservative.¹⁷ In zwei von drei Ländern zeigt sich dieser Unterschied konsistent.¹⁷ Dies stützt die verbreitete Vorstellung, Liberale seien empathischer und mitfühlender, was sich gut mit Moral Foundations Theory deckt, die liberals eine stärkere Gewichtung der Dimension *care/harm* zuschreibt.^{14 22} Wenn man nur diese Befunde betrachtet, erscheint es plausibel, von einem empathiebezogenen Defizit bei konservativen Personen zu sprechen.

Eine neuere Arbeit von Casey et al. differenziert das Bild jedoch erheblich.¹⁵ In vier präregistrierten Studien untersuchen die Autoren die Empathie, die Liberale und Konservative gegenüber Mitgliedern der politischen Ingroup und Outgroup empfinden.¹⁵ Sie finden, dass Probanden insgesamt weniger Empathie für politische Außengruppen zeigen als für eigene Gruppen oder neutrale Zielpersonen – ein erwartbarer Ingroup-Bias.¹⁵ Entscheidend ist jedoch, dass diese Empathie-Asymmetrie nicht symmetrisch zwischen Liberalen und Konservativen ausfällt. Liberale zeigen konsistent weniger Empathie gegenüber konservativen Outgroup-Mitgliedern als Konservative gegenüber liberalen Outgroup-Mitgliedern.¹⁵ Diese Asymmetrie wird durch moralische Urteile, wahrgenommene Ähnlichkeit und Zuschreibungen von Schaden erklärt: Liberale beurteilen Konservative als moralisch schlechter, weniger sympathisch und als schädlicher für die Gesellschaft, was ihre geringere Empathie gegenüber Konservativen erklärt.¹⁵ Konservative hingegen zeigen relativ stabile Empathie-Werte, die weniger stark vom politischen Status der Zielperson abhängen.¹⁵

Dieser Befund steht quer zum einfachen Narrativ „Konservative sind weniger empathisch als Liberale“. Er legt nahe, dass es zwar Unterschiede in *allgemeiner* Empathieeigung geben kann, aber dass spezifisch in politisch polarisierten Kontexten Liberale besonders stark zur Empathieverweigerung gegenüber der konservativen Outgroup neigen.¹⁵ Vor dem Hintergrund der

eingangs diskutierten Wahrnehmungsverzerrungen – insbesondere des perception gap, nach dem progressive Aktivisten die Positionen von Konservativen am stärksten verzerren – ist dies konsistent.²¹ Liberale, die konservative Gruppen als moralisch verwerflich wahrnehmen, sehen möglicherweise weniger Anlass, mit deren Leiden empathisch mitzufühlen.

Für die Frage politischer Verzerrung in der Forschung ist hier bedeutsam, dass viele frühere Studien Empathie eher generalisiert gemessen haben, ohne zwischen Ingroup- und Outgroup-Kontexten zu differenzieren.¹⁷ In einem Feld, das überwiegend aus liberalen Forschern besteht, ist die Tendenz groß, allgemeine Empathieunterschiede zugunsten der Liberalen hervorzuheben, während negative Aspekte des eigenen Lagers, etwa geringe Empathie für konservative Opponenten, weniger im Fokus stehen.^{3 3 15} Dass nun ausgerechnet eine Studie zu dem Ergebnis kommt, dass Liberale gegenüber Konservativen weniger empathisch sind als umgekehrt, könnte darauf hindeuten, dass ein Teil der Literatur ein verzerrtes Bild zeichnet, weil bestimmte Fragen lange Zeit nicht gestellt wurden.

4.3. Moral Foundations Theory und moralische Asymmetrien

Moral Foundations Theory (MFT), entwickelt von Haidt und Kollegen, ist ein prominenter Ansatz zur Erklärung moralischer und politischer Unterschiede.^{14 22} Er geht davon aus, dass Menschen über mehrere evolutionär gewachsene moralische „Grundlagen“ verfügen, darunter *care/harm*, *fairness/cheating*, *loyalty/betrayal*, *authority/subversion* und *sanctity/degradation*.²² Empirische Untersuchungen zeigen, dass Liberale vor allem die ersten beiden Grundlagen stark gewichten, während Konservative alle fünf, insbesondere auch Loyalität, Autorität und Reinheit, relativ ausgewogen berücksichtigen.^{14 22} Dieser Befund lässt sich normativ in verschiedene Richtungen interpretieren: Man kann argumentieren, dass Liberale sich auf „individuelle moralische“ Dimensionen konzentrieren, während Konservative ein breiteres Spektrum moralischer Intuitionen nutzen; oder umgekehrt, dass Konservative an überholten Autoritäts- und Reinheitsnormen festhalten, während Liberale sich auf universelle Prinzipien von Fürsorge und Gerechtigkeit konzentrieren.

Haidt selbst hat in populären Schriften betont, dass Liberale und Konservative unterschiedliche moralische Stärken und Blindstellen haben und dass keine Seite per se moralisch überlegen ist.^{14 22} Gleichwohl wurden MFT-Befunde in Teilen der akademischen und öffentlichen Debatte so gedeutet, dass konservative Fokussierung auf Loyalität, Autorität und Reinheit mit Exklusion, Enge und Intoleranz verbunden sei, während liberale Fokussierung auf Fürsorge und Fairness als Ausdruck moralischer Fortschrittlichkeit erscheint.^{3 3} Hier zeigt sich erneut, wie Interpretation und Framing die normative Bewertung beeinflussen können. Die empirischen Daten selbst machen zunächst nur eine Aussage über moralische *Strukturen*, nicht über deren moralische Qualität.

Für die Ausgangsthese ist relevant, dass MFT-Forschung überwiegend von Forschern betrieben wurde, die sich selbst eher im liberalen Spektrum verorten, allerdings mit dem expliziten Ziel, konservative Moral intuitiv zu verstehen und nicht zu pathologisieren.^{14 22} Haidt hat wiederholt darauf hingewiesen, dass seine eigenen politischen Ansichten sich im Laufe seiner Arbeit verschoben haben, weil er die moralischen Intuitionen konservativer Menschen ernst genommen hat.¹⁴ Dies ist ein Beispiel dafür, dass politische Homogenität nicht zwangsläufig unveränderlich ist und dass Forschung auch zu mehr Verständnis für „fremde“ Ideologien führen kann. Allerdings

bleibt die Herausforderung, dass nachfolgende Arbeiten die MFT-Befunde selektiv interpretieren und konservative Moral teilweise abwertend darstellen können, insbesondere in einem Feld mit liberaler Dominanz.^{3 3}

4.4. Vorurteile, Ingroup-Favoritismus und Outgroup-Diskriminierung

Vorurteile und Diskriminierung gehören zu den zentralen Themen der Sozialpsychologie. Lange Zeit wurden Vorurteile primär als Problem der Mehrheit gegenüber Minderheiten konzipiert, etwa als rassistische Einstellungen von Weißen gegenüber Schwarzen in den USA.²⁰ Dieses Paradigma hat wichtige Einsichten ermöglicht, birgt aber auch die Gefahr, dass Vorurteile gegenüber „legitimen“ Zielgruppen – etwa konservativen Christen oder weißen Männern – weniger beachtet werden.^{3 3 20} Studien zu Ingroup-Favoritismus und Outgroup-Diskriminierung in experimentellen Settings helfen, grundlegende Muster zu verstehen. Eine Untersuchung in einem natürlichen Gruppensetting verwendet ein Multiplayer-Diktatorspiel und findet, dass sowohl Ingroup-Favorisierung als auch Outgroup-Diskriminierung auftreten, wenn reale Gruppen in Konflikt stehen.¹³ In künstlich induzierten Gruppen zeigt sich zwar Ingroup-Favorisierung, aber keine ausgeprägte Outgroup-Diskriminierung, was darauf hindeutet, dass reale Konflikte und wahrgenommene Bedrohungen zentrale Treiber von Diskriminierung sind.¹³ Die Autoren argumentieren, dass die Motivation für Ingroup-Favorisierung vor allem in der Nähe und Bedeutung der Gruppenmitgliedschaft liegt, während Outgroup-Diskriminierung durch soziale Distanz und Wettbewerb getrieben wird.¹³

Überträgt man dies auf politische Kontexte, ist zu erwarten, dass in Zeiten hoher Polarisierung beide Seiten ihre eigene Gruppe bevorzugen und die andere Gruppe diskriminieren können, insbesondere wenn sie die andere Seite als bedrohlich wahrnehmen.^{2 5 19 21} Eine Meta-Analyse von Ditto und Kollegen untersucht explizit, ob politische Voreingenommenheit asymmetrisch zwischen Liberalen und Konservativen verteilt ist.⁹ Die Autoren analysieren Studien, in denen Probanden Informationen bewerten, die mit verschiedenen politischen Positionen in Einklang oder im Widerspruch stehen. Sie finden, dass sowohl Liberale als auch Konservative signifikant parteiisch zugunsten ideologisch konsistenter Informationen sind und dass das Ausmaß dieser Voreingenommenheit auf beiden Seiten erstaunlich ähnlich ist.⁹ Mit anderen Worten: Politische Bias ist „bipartisan“; sie beschränkt sich nicht auf eine ideologische Richtung.⁹

Dieser Befund widerspricht der Vorstellung, dass Konservative per se stärker zu Vorurteilen, Dogmatismus oder selektiver Informationsverarbeitung neigen als Liberale. Vielmehr scheinen grundlegende Gruppenprozesse und kognitive Mechanismen auf beiden Seiten ähnlich zu wirken, wobei der konkrete Inhalt der Vorurteile variiert. Arbeiten zu rassistischen Vorurteilen innerhalb institutionellen Kontexten zeigen zudem, dass systemische Faktoren wie Macht- und Privilegienunterschiede, kulturelle Narrative und Segregation eine große Rolle spielen.²⁰ Diese Faktoren müssen von individuellen Vorurteilen unterschieden werden und können in liberalen wie konservativen Milieus auftreten.

Für die These politischer Verzerrung in der Forschung ist hier bedeutsam, dass lange Zeit primär Vorurteile konservativer Mehrheiten thematisiert wurden, während Vorurteile liberaler Milieus gegenüber konservativen oder „weißen“ Gruppen weniger untersucht wurden.^{3 3 20} Studien wie jene zu Empathie-Asymmetrien, in der Liberale gegenüber konservativen Outgroup-Mitgliedern

besonders wenig Empathie zeigen, beginnen, diese Lücke zu schließen.¹⁵ Dies bestätigt indirekt die Kritik, dass Themenwahl und Operationalisierung lange Zeit politisch verzerrt waren.^{3 3 18}

4.5. Verschwörungstheorien und politischer Extremismus

Ein weiteres Feld, in dem häufig asymmetrische Zuschreibungen auftreten, betrifft Verschwörungsglauben und politische Extremismen. In der öffentlichen Debatte werden Verschwörungstheorien oft mit rechten oder rechtsextremen Milieus in Verbindung gebracht. Eine umfassende Übersichtsarbeit von Uscinski und Kollegen zeigt jedoch, dass die Neigung zu Verschwörungsglauben im Prinzip auf dem gesamten politischen Spektrum anzutreffen ist und dass die konkrete Richtung von den jeweiligen Machtverhältnissen und Themen abhängt.²³ Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 etwa fanden „9/11-Truther“-Theorien, wonach die US-Regierung oder Geheimdienste hinter den Anschlägen stecken, besonders viel Unterstützung unter Demokraten und Liberalen.²³ Dies erklärt sich plausibel daraus, dass zu diesem Zeitpunkt eine republikanische Regierung im Amt war und liberale Gruppen eher misstrauisch gegenüber deren Motiven waren.²³

In späteren Jahren verlagerten sich prominente Verschwörungserzählungen eher auf rechte Milieus, etwa im Kontext von „Birther“-Theorien zu Barack Obama oder QAnon.²³ Die Autoren argumentieren, dass es keinen belastbaren Beleg für eine *generell* stärkere Verschwörungsneigung auf einer bestimmten politischen Seite gibt; vielmehr hängt die Verbreitung spezifischer Verschwörungstheorien von situativen Faktoren und der jeweiligen Resonanz in den Medien ab.²³ Damit widersprechen sie Narrativen, wonach „die Rechte“ per se irrationaler oder verschwörungsaffiner sei als „die Linke“.

Aus Sicht der Ausgangsthese ist relevant, dass dennoch häufig Forschung und öffentliche Kommunikation vor allem Verschwörungsneigungen in rechten Milieus betonen, während linke Verschwörungstheorien weniger prominent sind.^{23 3 3} Dies kann zum Teil daran liegen, dass rechtsextreme Verschwörungstheorien aktuell größere mediale Präsenz haben, zum Teil aber auch an der politischen Orientierung der Forschenden. In einem liberal dominierten Feld ist die Aufmerksamkeit naturgemäß stärker auf Bedrohungen durch rechte Verschwörungsideologien gerichtet, während linke Verschwörungsnarrative als weniger bedrohlich oder weniger interessant erscheinen können.^{3 3} Dadurch entsteht erneut eine asymmetrische Wahrnehmung, obwohl die zugrunde liegende menschliche Tendenz zur Verschwörungsbildung universell ist.

4.6. Biologische Grundlagen politischer Ideologie: das Beispiel der physiologischen Reaktionsforschung

Das Beispiel der physiologischen Reaktionsforschung illustriert auf eindrückliche Weise, wie politisch anschlussfähige Befunde in einem ideologisch homogenen Wissenschaftsfeld eine besonders große Attraktivität entfalten können. Die ursprünglichen Arbeiten, die konservative Menschen als stärker „bedrohungssensitiv“ oder als emotional reaktiver auf negative Stimuli beschrieben, haben nicht nur in der Fachwelt, sondern auch in populären Medien enorme Resonanz gefunden. Sie passten gut zu einem bereits bestehenden kulturellen Narrativ, in dem konservative Einstellungen mit Angst, Unsicherheit und Ekel gegenüber Fremdem assoziiert werden, während liberale Einstellungen als Ausdruck von Offenheit, Toleranz und Gelassenheit erscheinen. Wenn

eine Studie diesen Eindruck scheinbar neurobiologisch oder physiologisch untermauert, wirkt dies wie eine wissenschaftliche Bestätigung dessen, was man ohnehin schon glaubt.

Das spätere Scheitern der Replikation solcher Befunde zeigt jedoch, dass die Realität komplexer ist und dass die ursprünglichen Ergebnisse sehr wahrscheinlich durch Stichprobeneffekte, methodische Eigenheiten oder schlichte Zufälligkeit geprägt waren. Groß angelegte Replikationen fanden keine stabilen Zusammenhänge zwischen konservativen Einstellungen und physiologischen Reaktionen auf bedrohliche Bilder, weder in den USA noch in europäischen Kontexten. Die postulierte „biologische Signatur“ des Konservatismus, verstanden als erhöhte Bedrohungs- oder Negativitätssensitivität, ließ sich nicht verlässlich nachweisen. Dies bedeutet nicht, dass es keinerlei biologische Korrelate politischer Einstellungen gäbe, wohl aber, dass eine vorschnelle, monokausale Verknüpfung spezifischer physiologischer Reaktionsmuster mit konservativer Ideologie empirisch nicht haltbar ist.

Interessant ist hier vor allem die Dynamik der wissenschaftlichen und öffentlichen Aufmerksamkeit. Die ursprünglichen Studien wurden breit rezipiert, zitiert und popularisiert, während die Replikationsversuche deutlich weniger öffentliche Wirkung entfaltet haben. In vielen populären Darstellungen der politischen Psychologie kursiert noch immer das Bild des „Negativity-Bias“ bei Konservativen, obwohl der empirische Status dieser Hypothese inzwischen deutlich geschwächt ist. Dies verweist auf einen allgemeinen Mechanismus: Befunde, die ein moralisch oder politisch aufgeladenes Narrativ stützen, etablieren sich oft schneller in der kollektiven Vorstellung als die späteren Korrekturen, die sie relativieren oder entkräften. Wenn die Mehrheit der Forschenden und der journalistischen Vermittler politisch in einem ähnlichen Spektrum verortet ist, verstärkt sich dieser Effekt.

Die eingangs formulierte These erhält durch dieses Beispiel zusätzliche Plausibilität. Es zeigt sich, dass Forscher, die mehrheitlich nicht der konservativen oder rechten Gesinnung angehören, Befunde produzieren und interpretieren, die konservative Menschen als biologisch bedingt ängstlicher oder bedrohungsfixierter darstellen. Diese Eigenschaften sind in der modernen, säkular-liberalen Kultur normativ eher negativ konnotiert, weil sie mit Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit oder autoritären Tendenzen assoziiert werden. Das Zusammenspiel von Themenwahl, Interpretation und selektiver Rezeption erzeugt somit ein asymmetrisches Bild, in dem die politisch „anderen“ mit defizitären Eigenschaften verbunden werden, während die eigene Gruppe als rationaler und weniger angstgesteuert erscheint.

Gleichzeitig darf man nicht übersehen, dass auch in diesem Feld wissenschaftliche Gegengewichte entstehen. Die Replikationsstudien, die die ursprünglichen Ergebnisse in Frage stellen, sind Ausdruck eines kritischen Selbstkorrekturmechanismus innerhalb der Wissenschaft. Sie zeigen, dass auch in einem politisch homogenen Feld methodische Standards und Replikationsbemühungen dazu beitragen können, überzogene oder verzerrte Schlussfolgerungen zurückzuschneiden. Dennoch bleibt die Frage, ob solche Korrekturprozesse schneller und wirkungsvoller ablaufen würden, wenn von Beginn an eine größere politische und weltanschauliche Vielfalt im Feld vorhanden wäre. Konservative Forscher hätten möglicherweise früher Skepsis angemeldet und alternative Hypothesen formuliert, etwa dass erhöhte Bedrohungssensitivität in unsicheren Umwelten adaptiv sein kann und nicht per se als Defizit zu interpretieren ist.

Insgesamt verdeutlicht dieses Fallbeispiel zweierlei. Erstens: Die Tatsache, dass Forscher und erforschte Gruppen sich ideologisch unterscheiden, kann dazu beitragen, dass negative

Eigenschaften eher den „anderen“ zugeschrieben werden, vor allem, wenn diese Zuschreibungen bereits verbreitete kulturelle Stereotype bedienen. Zweitens: Wissenschaftliche Selbstkorrektur findet statt, ist aber oft langsam und erreicht die breitere Öffentlichkeit seltener als die anfänglich verzerrten oder einseitigen Botschaften. Die strukturelle politische Homogenität verstärkt dabei die Gefahr, dass die erste, narrative Phase der Befundrezeption stark parteiisch ausfällt.

5. Strukturelle Faktoren: Publikationsprozess, Peer Review und Replikationskrise

5.1. Publikationsbias und thematische Präferenzen

Über die individuellen kognitiven Verzerrungen hinaus spielen strukturelle Mechanismen des Wissenschaftssystems eine zentrale Rolle dabei, welche Erkenntnisse sichtbar werden und welche im Schatten bleiben. Ein zentrales Phänomen ist der sogenannte Publikationsbias. Darunter versteht man die systematische Bevorzugung signifikanter, „interessanter“ und theoretisch anschlussfähiger Ergebnisse gegenüber nicht-signifikanten oder widersprüchlichen Befunden bei der Veröffentlichung in Fachzeitschriften. In vielen empirischen Disziplinen gilt der Satz „Nullbefunde sind schwer publizierbar“ noch immer als zynische, aber realistische Beschreibung der Lage. Dies führt dazu, dass Studien, in denen keine signifikanten Unterschiede zwischen liberalen und konservativen Gruppen gefunden werden, seltener ihren Weg in prestigeträchtige Journale finden als Studien mit deutlichen, ideologisch anschlussfähigen Effekten.

Im Kontext der hier diskutierten These bedeutet dies, dass Arbeiten, die konservativen Gruppen Defizite in Intelligenz, Empathie oder moralischer Sensitivität zuschreiben, besonders publikationsfähig erscheinen, wenn sie in ein Narrativ passen, das im Feld ohnehin verbreitet ist. Zeigt eine Studie etwa, dass Konservative weniger empathische Reaktionen gegenüber Migranten haben als Liberale, so ist dies nicht nur politisch anschlussfähig, sondern auch „story-tauglich“: Es ergibt eine klare, eingängige Botschaft, die sich leicht kommunizieren lässt. Studien hingegen, die keine Unterschiede feststellen oder gar Vorteile konservativer Gruppen zeigen – beispielsweise größere moralische Bedenken gegenüber bestimmten Formen von Gewalt oder stärkere Bindung an Verpflichtungen – finden möglicherweise weniger Interesse bei Herausgebern und Gutachtern, weil sie nicht in das dominante Erwartungsmuster passen.

Publikationsbias verstärkt damit die ohnehin bestehende politische Schiefelage der Forscherlandschaft. Selbst wenn Forscher theoretisch ideologisch neutral wären, würden jene Befunde, die in das kulturelle Skript der akademischen Community passen, leichter veröffentlicht und rezipiert. In einem Feld, in dem die Mehrheit der Forscher liberal ist, tendiert dieses Skript dazu, konservative Positionen kritisch oder defizitär zu rahmen. Politische Homogenität und Publikationsbias bilden somit eine Art Rückkopplungsschleife: Sie verstärken sich gegenseitig und erzeugen eine literaturweite Tendenz zu asymmetrischen, konservativ-kritischen Ergebnissen.

5.2. Peer Review, implizite Normen und Gatekeeping

Der Peer-Review-Prozess, in dem Fachartikel vor der Veröffentlichung von anonymen Gutachtern bewertet werden, ist ursprünglich dazu gedacht, Qualität zu sichern und grobe Fehler auszufiltern. In der Praxis spielt er jedoch auch eine gatekeepende Rolle hinsichtlich der Frage, welche Perspektiven als legitime Beiträge zum Fachdiskurs gelten. In einem politisch homogenen Feld besteht die Gefahr, dass Gutachter – bewusst oder unbewusst – Arbeiten bevorzugen, die ihre

eigenen Weltanschauungen bestätigen, und solche kritisch sehen, die ihnen politisch missfallen oder die dominante Sichtweise herausfordern.

Dies kann auf verschiedenen Ebenen geschehen. Zum einen können Gutachter methodische Anforderungen selektiv strenger an Studien anlegen, deren Ergebnisse oder theoretische Implikationen sie politisch skeptisch machen. Eine Arbeit, die etwa suggeriert, dass liberale Aktivisten gegenüber konservativen Bürgern besonders starke Stereotype und Empathiedefizite haben, könnte mit dem Argument zurückgewiesen werden, die Stichprobe sei nicht repräsentativ oder die Messinstrumente seien unzureichend, während ähnliche methodische Schwächen bei Studien, die konservative Defizite postulieren, eher durchgehen. Zum anderen können Gutachter – oft ohne es explizit zu formulieren – argumentieren, ein Thema sei „uninteressant“ oder „nicht relevant für das Feld“, wenn es nicht in das dominante Forschungsnarrativ passt. So könnten Arbeiten, die etwa Vorteile konservativer Moralstrukturen im Hinblick auf soziale Kohäsion oder langfristige Verpflichtungen untersuchen, als randständig abgetan werden.

Hinzu kommen implizite Normen des Fachdiskurses. In vielen sozialwissenschaftlichen Communities gilt es als Selbstverständlichkeit, dass Rassismus, Sexismus, Homophobie und ähnliche Phänomene vorwiegend oder primär in konservativen Milieus verankert seien. Wer diese Zuordnung in Frage stellt und etwa aufweisen möchte, dass bestimmte Formen von Vorurteilen auch in progressiven Milieus verbreitet sind, läuft Gefahr, als „relativierend“ oder „reaktionär“ wahrgenommen zu werden. Dies erzeugt ein Klima, in dem bestimmte Fragestellungen bereits im Keim entmutigt werden, weil junge Forscherinnen und Forscher befürchten, mit Kritik oder Karrierehindernissen konfrontiert zu werden.

Solche Mechanismen sind selten offen und explizit. Es geht meist nicht um bewusste Zensur oder direkte politische Sanktionen, sondern um ein Geflecht subtiler Signale, Erwartungen und Belohnungsstrukturen. Politische Homogenität verstärkt diese Effekte, weil abweichende Stimmen fehlen, die im Peer-Review-Prozess alternative Perspektiven einbringen und dafür sorgen könnten, dass auch unkonventionelle Befunde eine faire Chance erhalten. Wenn die meisten Gutachter ähnliche politische Überzeugungen haben, verblasst der Unterschied zwischen fachlicher und weltanschaulicher Kritik; beides vermischt sich zu einem einheitlichen Urteil, das dem Autor gegenüber nur begrenzt transparent ist.

5.3. Replikationskrise, methodische Standards und selektive Korrekturen

Die in vielen Psychologie-Bereichen diskutierte Replikationskrise hat deutlich gemacht, dass eine beträchtliche Zahl publizierter Befunde sich bei unabhängigen Wiederholungsstudien nicht reproduzieren lässt. Dies betrifft nicht nur politisch sensible Themen, sondern viele klassische Effekte der kognitiven, sozialen und klinischen Psychologie. Allerdings stellt sich die Frage, ob Replikationsanstrengungen in allen Themenbereichen in gleichem Maße unternommen werden und ob der Wille zur Korrektur überall gleich stark ist. Insbesondere bei politisch normativ aufgeladenen Befunden kann es eine zusätzliche Hürde geben, dominante Narrative in Frage zu stellen.

Der Fall der physiologischen Bedrohungsforschung wurde bereits diskutiert. Er ist insofern bemerkenswert, als es hier tatsächlich zu größeren Replikationsversuchen und publizierten Korrekturen gekommen ist. Man darf jedoch vermuten, dass es zahlreiche andere, weniger spektakuläre Befunde gibt, die nie systematisch repliziert worden sind, obwohl sie in der Literatur und Öffentlichkeit als gesichert gelten. Studien, die konservative Gruppen pauschal als „autoritäre“ oder „dogmatische“ Persönlichkeiten charakterisieren, wurden gelegentlich kritisiert, aber nur

teilweise methodisch neu aufgelegt. Ähnliches gilt für Arbeiten, die Liberale als prinzipiell offener, rationaler oder empathischer darstellen. Solange solche Befunde nicht breit und systematisch auf ihre Reproduzierbarkeit geprüft werden, bleibt unklar, wie stabil sie wirklich sind.

Die Replikationskrise hat zwar zu Verbesserungen in den methodischen Standards geführt, etwa durch Präregistrierung von Studien, größere Stichproben und offene Datenpraktiken. Diese Maßnahmen kommen allen Themen zugute, doch in politisch sensiblen Feldern haben sie eine besondere Bedeutung. Wenn beispielsweise eine Studie präregistriert ist, in der Hypothese und Auswertungsschritte vorab festgelegt sind, sinkt das Risiko, dass Forscher im Nachhinein jene Analysen hervorheben, die eine gewünschte politische Geschichte erzählen. Offene Daten erlauben es anderen Forschern, alternative Auswertungen vorzunehmen und zu überprüfen, ob die Schlussfolgerungen der Originalautoren robust sind oder von bestimmten Entscheidungen bei der Datenbereinigung abhängen.

Allerdings erfordert eine umfassende Korrektur verzerrter Narrative nicht nur technische Methoden, sondern auch kulturellen Wandel im Feld. Es braucht eine Bereitschaft, liebgewonnene Überzeugungen in Frage zu stellen und eigene Fehler einzugestehen. In einem politisch homogenen Umfeld kann dies besonders schmerzhaft sein, weil es nicht nur individuelle, sondern kollektive Identitäten betrifft. Wenn eine ganze Fachgemeinschaft sich über Jahre oder Jahrzehnte mit der Vorstellung identifiziert hat, sie untersuche und bekämpfe primär konservative Vorurteile und Irrationalitäten, dann ist es schwer, einzugestehen, dass auch die eigene Seite relevante kognitive Verzerrungen und Vorurteilsformen aufweist, die bisher vernachlässigt wurden.

5.4. Ausbildung, Nachwuchsgewinnung und soziale Reproduktion

Ein weiterer struktureller Faktor, der politisch verzerrte Forschung begünstigen kann, ist die Art und Weise, wie der wissenschaftliche Nachwuchs sozialisiert und rekrutiert wird. Studierende, die in politisch homogenen Departments ausgebildet werden, erleben häufig nur eine enge Bandbreite an theoretischen Perspektiven und normativen Annahmen. Wenn in Seminaren und Vorlesungen implizit oder explizit vermittelt wird, konservative oder rechte Positionen seien Ausdruck von Unwissenheit, Vorurteilen oder moralischer Mangelhaftigkeit, während liberale Positionen als rationaler und moralisch überlegen erscheinen, dann ist es für konservativ eingestellte Studierende schwierig, sich mit ihrer eigenen Identität im akademischen Raum zu verorten.

Viele solcher Studierenden ziehen sich aus der akademischen Laufbahn zurück, bevor sie in die Forschungsphase gelangen. Die Folge ist eine Selbstselektion: Nur diejenigen, die sich mit der dominanten akademischen Ideologie identifizieren oder sie zumindest nicht offen in Frage stellen, bleiben im System und machen Karriere. So reproduziert sich politische Homogenität über Generationen. Sie wird nicht unbedingt durch offene Ausschlüsse erzwungen, sondern durch eine Kombination aus kultureller Klimagestaltung, impliziten Normen und informellen Signalen. Dies verstärkt wiederum alle zuvor beschriebenen Mechanismen: thematische Einseitigkeit, Publikationsbias zugunsten bestimmter Narrative und mangelnde innere Vielfalt im Peer Review.

Für die eingangs diskutierte These bedeutet dies, dass es keineswegs Zufall ist, wenn Forscher, die negative Eigenschaften wie geringe Intelligenz oder Empathie untersuchen, typischerweise nicht der Gruppe angehören, der sie diese Eigenschaften zuschreiben. Es handelt sich um das Resultat einer langfristigen sozialen Reproduktion von Ideologien im Wissenschaftssystem. Diejenigen, die konservative Einstellungen haben, treten seltener in die Wissenschaft ein oder verlassen sie aus Frustration früher, während liberale Forscher überproportional vertreten sind und so die

Forschungsperspektiven prägen. Dies erzeugt eine strukturelle Distanz zwischen Forscherrolle und den untersuchten konservativen Milieus, was die Gefahr einseitiger oder stigmatisierender Zuschreibungen erhöht.

6. Bewertung der These im Lichte der empirischen Befunde

6.1. Rekonstruktion der These in präziser Form

Um die zentrale Frage systematisch zu beantworten, lohnt es sich, die Ausgangsthese in eine präzisere Form zu bringen. Die Aussage des Nutzers lässt sich in drei Teilbehauptungen gliedern. Erstens: In Forschungsarbeiten, in denen Unterschiede in der „Gesinnung“ (bzw. politischen Ideologie) von Menschen untersucht werden, werden oft als nachteilig wahrgenommene Eigenschaften – etwa geringere Intelligenz, weniger Empathie, stärkere Verschwörungsneigung – einer bestimmten ideologischen Gruppe zugeschrieben, beispielsweise Konservativen oder „Rechten“. Zweitens: Typischerweise entsprechen die Ideologien der Forscher, die solche Arbeiten durchführen, nicht jener Ideologie, der die negativen Eigenschaften zugeschrieben werden; die Forscher stehen also mehrheitlich auf der „anderen“ Seite des politischen Spektrums. Drittens: Aus diesen beiden Beobachtungen ergibt sich ein strukturelles Muster politischer Voreingenommenheit in der Forschung über ideologische Unterschiede.

Die erste Teilbehauptung betrifft im Wesentlichen den Inhalt der Forschung: Werden Konservative oder Rechte überproportional oft mit defizitären Eigenschaften dargestellt? Die zweite betrifft die Zusammensetzung der Forscherschaft: Sind diese Forscher mehrheitlich nicht konservativ, sondern eher liberal oder links? Die dritte schließlich stellt einen kausalen Zusammenhang her: Führt die ideologische Distanz zwischen Forschern und erforschten Gruppen dazu, dass negative Eigenschaften primär den politisch „anderen“ zugeschrieben werden und Forschungsergebnisse entsprechend verzerrt sind? Im Folgenden wird diese Dreiteilung genutzt, um die Evidenzlage differenziert zu bewerten.

6.2. Werden konservative Gruppen überproportional mit Defiziten beschrieben?

Die Literaturübersicht deutet klar darauf hin, dass ein erheblicher Teil der politisch-psychologischen Forschung Defizite oder problematische Eigenschaften mit konservativen Ideologien verbindet. Konservative wurden wiederholt mit Autoritarismus, dogmatischer Geschlossenheit, geringerer kognitiver Komplexität, höherer Bedrohungs- und Ekel-Sensitivität, geringerer Offenheit für Erfahrungen und geringerer Empathie verknüpft. Auch Verschwörungstheorien, wissenschaftsskeptische Haltungen und Vorurteile gegenüber Minderheiten wurden häufig stärker in konservativen Milieus verortet. Es gibt zwar auch Studien, die liberalen oder linken Gruppen problematische Tendenzen attestieren, etwa eine geringere Empathie gegenüber konservativen Outgroups oder eine stärkere Neigung zu bestimmten Formen von moralisierender Intoleranz. Insgesamt ist das Bild jedoch asymmetrisch: Konservative erscheinen häufiger als Träger negativer Eigenschaften, während liberal geprägte Gruppen eher als Maßstab des Rationalen und Progressiven fungieren.

Gleichzeitig ist zu betonen, dass einige dieser Befunde nicht einfach als Artefakte politischer Verzerrung abgetan werden können. Studien etwa zur Verteilung politischer Extreme, zur Unterstützung autoritärer Maßnahmen oder zum Umgang mit Minderheitenrechten finden teils robuste Zusammenhänge mit spezifischen politischen Haltungen. Dennoch zeigt die Meta-Analyse

zum politisch motivierten Denken, dass der grundlegende Mechanismus kognitiver Voreingenommenheit auf beiden Seiten in ähnlicher Stärke wirkt. Dies legt nahe, dass manche scheinbare Asymmetrien eher auf Auswahl der Themen und Operationalisierung als auf grundlegende Unterschiede in der menschlichen Kognition zurückgehen. Wenn man nur bestimmte Facetten politischer Irrationalität untersucht – beispielsweise rechte Verschwörungstheorien oder konservative Vorurteile – dann ist es wenig überraschend, dass man vor allem auf dieser Seite Defizite findet.

Damit ist die erste Teilbehauptung der These im Kern bestätigt, wenn auch mit Nuancen. Es gibt eine Tendenz, konservative und rechte Ideologien häufiger mit negativ markierten Eigenschaften zu verknüpfen als liberale oder linke Ideologien. Dies bedeutet nicht, dass alle entsprechenden Befunde falsch wären, wohl aber, dass die thematische und interpretative Schwerpunktsetzung asymmetrisch ist. Die Defizite der eigenen, liberalen Gruppe – etwa fanatischer Moralismus, Stigmatisierung von politischen Gegnern oder spezifische Formen von Realitätsverweigerung – sind deutlich weniger systematisch untersucht.

6.3. Entsprechen die Ideologien der Forscher nicht denen der negativ dargestellten Gruppen?

Die zweite Teilbehauptung lässt sich anhand der vorliegenden Studien zur politischen Zusammensetzung der Wissenschaft relativ klar beantworten. Untersuchungen in der Sozialpsychologie, Politikwissenschaft und benachbarten Disziplinen zeigen, dass die Mehrheit der Forscher in diesen Feldern sich selbst als liberal, progressiv oder links der Mitte einstuft. Konservative Forscher sind deutlich in der Minderheit, teilweise im einstelligen Prozentbereich. Auch in umfassenderen Erhebungen zu Universitätsprofessoren in den Geistes- und Sozialwissenschaften zeigt sich ein deutliches Übergewicht linksgerichteter politischer Orientierungen. Hinzu kommen anekdotische und surveybasierte Hinweise darauf, dass konservative Wissenschaftler Diskriminierungserfahrungen machen und sich im akademischen Umfeld oft isoliert fühlen, was ihre Anzahl zusätzlich verringern dürfte.

Insofern ist es empirisch gut abgesichert, dass Forscherinnen und Forscher, die sich mit politischer Ideologie, Vorurteilen und moralischen Unterschieden beschäftigen, in der Regel nicht selbst konservativ oder „rechts“ sind. Ausnahmen gibt es, aber sie sind relativ selten. Man kann also sagen: In der Mehrzahl der Fälle untersuchen liberale Wissenschaftler konservative Gruppen, während konservative Wissenschaftler, die liberale Gruppen untersuchen, deutlich seltener sind. Die von der These formulierte strukturelle Asymmetrie zwischen Forscherhaltung und erforschter Ideologie trifft damit im Wesentlichen zu.

Eine interessante Nuance besteht darin, dass einige prominente Forscher, die sich intensiv mit konservativer Moral und Ideologie befasst haben, im Verlauf ihrer Arbeit ihre eigene politische Position relativiert oder verschoben haben. Dies zeigt, dass Forschung grundsätzlich auch zu einem tieferen Verständnis und zur Wertschätzung „fremder“ Ideologien führen kann. Solche biografischen Verschiebungen sind jedoch eher die Ausnahme und ändern nichts an der generellen statistischen Schieflage.

6.4. Führt diese Konstellation zu systematischer Verzerrung?

Die dritte und wichtigste Teilfrage ist, ob die Kombination aus asymmetrischer Defizitzuschreibung und politischer Homogenität der Forschungsgemeinschaft tatsächlich zu einer systematischen

Verzerrung der Erkenntnis führt. Hier ist eine differenzierte Antwort nötig, die pauschale Urteile vermeidet. Einerseits sprechen theoretische Überlegungen und konkrete Fallstudien stark dafür, dass politische Verzerrungen eine erhebliche Rolle spielen. Andererseits zeigt die Existenz kritischer und selbstkorrigierender Arbeiten, dass Wissenschaft nicht auf simple Propaganda reduziert werden kann.

Auf der theoretischen Ebene ist plausibel, dass confirmation bias, motiviertes Denken und gruppenbezogene Loyalitäten Forscher nicht weniger beeinflussen als andere Menschen. In einem politisch homogenen Umfeld, in dem liberale oder linke Überzeugungen dominieren, tendieren Forscher dazu, Fragestellungen zu wählen und Interpretationen zu bevorzugen, die mit diesen Überzeugungen harmonieren. Die ausgewerteten Fallstudien illustrieren dies konkret: Der anfängliche Enthusiasmus für die Hypothese eines physiologischen Negativity-Bias bei Konservativen, die stark asymmetrische Darstellung von Empathie zugunsten der Liberalen und die lange Vernachlässigung linksliberaler Verschwörungstheorien sind Beispiele für eine thematische und interpretative Schlagseite.

Hinzu kommen die strukturellen Mechanismen des Publikationssystems, die Befunde bevorzugen, die interessante, polarisierende und normativ anschlussfähige Geschichten erzählen. Eine Studie, die konservative Defizite zeigt, lässt sich leicht in ein moralisches Narrativ einfügen, in dem „die Rechten“ als Problemgruppe erscheinen, die aufgeklärt oder begrenzt werden muss. Das ist attraktiv für Journale, Medien und politische Akteure. Demgegenüber ist eine Studie, die zeigt, dass liberale Aktivisten falsche Vorstellungen über konservative Mitbürger haben oder diesen mit wenig Empathie begegnen, unangenehmer und stößt womöglich auf mehr Widerstand im Peer Review und in der Rezeption.

All dies spricht dafür, dass die Konstellation aus politischer Homogenität und asymmetrischer Forschungsagenda tatsächlich systematische Verzerrungen erzeugt. Diese Verzerrungen äußern sich nicht unbedingt in Erfindung von Daten oder offenen Falschbehauptungen, sondern eher in subtileren Formen: einseitige Themenwahl, tendenziöse Interpretation ambivalenter Befunde, Vernachlässigung konkurrierender Hypothesen, ungleiche Strenge in der methodischen Kritik und selektive Popularisierung bestimmter Ergebnisse in Öffentlichkeit und Lehre. Das Gesamtbild, das dadurch über konservative und liberale Gruppen gezeichnet wird, ist folglich nicht neutral, sondern trägt die Handschrift der politischen Mehrheitskultur in der Wissenschaft.

Gleichzeitig ist es wichtig anzuerkennen, dass die Wissenschaft kein monolithischer Block ist. Es gibt Forscher, die sich ausdrücklich um Unparteilichkeit bemühen, divergierende Perspektiven einbeziehen, mögliche eigene Biases reflektieren und methodische Strenge über politische Präferenzen stellen. Es gibt Replikationsprojekte, die populäre, ideologisch nützliche Effekte kritisch prüfen und gegebenenfalls falsifizieren. Es gibt Theorien, wie etwa die Moral Foundations Theory, die explizit darauf angelegt sind, unterschiedliche moralische Intuitionen nicht hierarchisch zu bewerten, sondern als verschiedenartige, teilweise komplementäre Stärken zu verstehen. All diese Entwicklungen zeigen, dass innerhalb eines politisch gefärbten Feldes auch Kräfte der Selbstkorrektur und der pluralen Perspektivenerweiterung existieren.

Die Bilanz fällt daher folgendermaßen aus: Die von der Nutzerthese behauptete Tendenz gibt es tatsächlich, und sie ist durch mehrere empirische und theoretische Linien gut plausibilisiert. Gleichzeitig ist sie kein allumfassendes Gesetz. Es existieren sowohl verzerrende als auch korrigierende Kräfte, und die konkrete Ausprägung politischer Bias variiert von Thema zu Thema

und von Forscher zu Forscher. Das Risiko systematischer Verzerrung ist hoch, aber nicht unausweichlich. Es hängt stark von den institutionellen, methodischen und kulturellen Rahmenbedingungen ab, die in den nächsten Jahren gestaltet werden können.

7. Normative, epistemische und methodische Implikationen

7.1. Wissenschaftsethos und die Pflicht zur Selbstreflexion

Die Erkenntnis, dass politische Homogenität und ideologische Distanz zwischen Forschern und erforschten Gruppen Verzerrungen begünstigen, hat unmittelbare normative Konsequenzen für das Wissenschaftsethos. Traditionell wird von Wissenschaftlern erwartet, dass sie um Objektivität bemüht sind, ihre eigenen Vorannahmen transparent machen und ihre Hypothesen der potenziellen Falsifikation aussetzen. In politisierten Feldern bedeutet dies, dass Forscher ihre eigene ideologische Position explizit reflektieren und deren mögliche Auswirkungen auf Themenwahl, Operationalisierung und Interpretation bedenken müssen.

Dies erfordert eine Kultur der Offenheit, in der es nicht als Schwäche gilt, eigene politische Überzeugungen offenzulegen und deren potenziellen Bias zu diskutieren. Vielmehr kann Transparenz über die eigene Position die Glaubwürdigkeit erhöhen, weil sie anderen ermöglicht, die Forschung im Licht dieser Bekanntheit zu interpretieren. Zudem sollten Forscher nicht nur nach Bestätigungen ihrer Weltanschauung suchen, sondern explizit nach Befunden, die ihnen widersprechen könnten. Die Bereitschaft, solche Befunde ernst zu nehmen und gegebenenfalls das eigene theoretische Modell anzupassen, ist ein Kernbestandteil wissenschaftlicher Integrität.

Eine weitere normative Implikation betrifft den Umgang mit Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit. Wenn Studien zu politisch sensiblen Themen kommuniziert werden, sollten Forscher sich der Gefahr bewusst sein, dass ihre Ergebnisse leicht instrumentalisierbar sind und die Polarisierung verstärken können. Ein Befund, der suggeriert, eine politische Gruppe sei weniger intelligent oder empathisch, kann zur Stigmatisierung und Entmenschlichung beitragen. Umso wichtiger ist es, Grenzen der Generalisierbarkeit, Effektstärken, methodische Unsicherheiten und alternative Erklärungen klar herauszustellen, anstatt plakative Botschaften zu liefern.

7.2. Ideologische Diversität als epistemische Ressource

Aus epistemischer Perspektive ist ideologische Diversität in der Wissenschaft nicht nur eine Frage der Fairness, sondern eine Ressource zur Verbesserung der Erkenntnisqualität. Wenn Forscher aus unterschiedlichen politischen Milieus zusammenarbeiten, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass blinde Flecken identifiziert werden und dass Interpretationen aus verschiedenen Perspektiven kritisch geprüft werden. Ein konservativer Wissenschaftler wird möglicherweise sensibler für verzerrte Darstellungen konservativer Gruppen sein und methodische Fragen aufwerfen, die liberalen Kollegen nicht auffallen. Umgekehrt können liberale Forscher stärkere Aufmerksamkeit auf systemische Benachteiligungen und strukturelle Ungleichheiten lenken, die konservative Kollegen unterschätzen würden.

Ideologische Diversität kann so als eine Form von „kognitiver Diversität“ verstanden werden, die dazu beiträgt, ein breiteres Spektrum an Hypothesen und Erklärungen zu generieren. Sie erhöht die Robustheit wissenschaftlicher Theorien, weil diese sich in einem pluralen Argumentationsraum bewähren müssen, statt nur in einem politisch homogenen Echo-Raum. Die Herausforderung

besteht darin, diese Diversität nicht in einen dauerhaften Kulturkampf innerhalb der Wissenschaft eskalieren zu lassen, sondern in produktive Spannung und wechselseitige Korrektur zu übersetzen.

Praktisch bedeutet dies, dass Departments und Fachgesellschaften aktiv überlegen sollten, wie sie ideologisch vielfältiger werden können, ohne dabei Qualitätsstandards zu opfern. Das kann etwa bedeuten, bei Berufungen bewusst auch Kandidaten zu berücksichtigen, deren politische Haltung von der Mehrheit abweicht, sofern ihre wissenschaftliche Arbeit exzellent ist. Es kann bedeuten, in Gremien und Editorial Boards auf unterschiedliche weltanschauliche Hintergründe zu achten, um Verzerrungen im Peer Review zu reduzieren. Ideologische Diversität darf dabei nicht als Quoteninstrument verstanden werden, sondern als Versuch, den epistemischen Wert ungleich verteilter Perspektiven zu nutzen.

7.3. Konkrete methodische Verbesserungen

Neben kulturellen und strukturellen Veränderungen gibt es eine Reihe methodischer Maßnahmen, die helfen können, politische Verzerrungen in der Forschung zu begrenzen. Dazu gehört an erster Stelle die systematische Präregistrierung von Studien, insbesondere in politisch sensiblen Bereichen. Wenn Hypothesen, Stichprobenpläne und Analyseverfahren vorab festgelegt und dokumentiert sind, sinkt die Gefahr, dass Forscher nachträglich explorative Ergebnisse als bestätigte Hypothesen verkaufen, weil sie politisch oder normativ gut ins Bild passen. Präregistrierung zwingt Forscher dazu, sich bereits vor Datenerhebung mit möglichen Ergebnissen auseinanderzusetzen, die dem eigenen Erwartungshorizont widersprechen, und verhindert zumindest teilweise selektive Auswertungen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die stärkere Nutzung von Replikationsstudien und Meta-Analysen. Statt einzelne Studien mit spektakulären Effekten isoliert zu betrachten, sollte größerer Wert auf kumulative Evidenz gelegt werden. Meta-Analysen, die systematisch untersuchen, ob bestimmte behauptete Unterschiede zwischen Liberalen und Konservativen robust sind, können helfen, Zufallsbefunde und publikationsverzerrte Effekte zu identifizieren. Gerade bei Themen wie Intelligenz, Empathie oder Verschwörungsglauben ist es wichtig zu wissen, ob Unterschiede konsistent auftreten, wie groß sie tatsächlich sind und unter welchen Bedingungen sie verschwinden oder sich umkehren.

Zudem sollten Studien zu politischen Unterschieden verstärkt darauf achten, symmetrische Designs zu verwenden. Das bedeutet, dass nicht nur Defizite einer Seite untersucht werden, sondern gleiche Maße und Fragestellungen für beide Lager angewendet werden. Statt etwa nur nach Vorurteilen konservativer Menschen gegenüber Minderheiten zu fragen, sollten auch Vorurteile liberaler Menschen gegenüber konservativen Gruppen erfasst werden. Solche symmetrischen Designs ermöglichen einen faireren Vergleich und reduzieren die Gefahr, dass die eine Seite als „Problemträger“ konstruiert wird, während die andere implizit als neutraler Standard fungiert.

7.4. Trennung von wissenschaftlicher Analyse und politischer Advocacy

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Grenzziehung zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischer Advocacy. Viele Sozialwissenschaftler fühlen sich nicht nur als neutrale Beobachter, sondern auch als Akteure im Kampf gegen Ungerechtigkeit, Diskriminierung und autoritäre Tendenzen. Dieses Engagement ist aus einer moralisch-politischen Perspektive verständlich, kann aber mit der wissenschaftlichen Rolle kollidieren. Wenn Forschung in erster Linie als Mittel zur

Unterstützung bestimmter politischer Ziele verstanden wird, steigt die Gefahr, dass Daten selektiv interpretiert und alternative Perspektiven ausgeblendet werden.

Dies bedeutet nicht, dass Wissenschaftler unpolitisch sein müssen oder keine normative Haltung haben dürfen. Es bedeutet aber, dass sie zwischen ihrer Rolle als Bürger und ihrer Rolle als Forscher unterscheiden sollten. In der forschenden Praxis sollte die Suche nach Wahrheit Vorrang vor der Unterstützung politischer Anliegen haben, selbst wenn diese Anliegen moralisch sympathisch sind. Dies ist besonders wichtig in polarisierenden Themenfeldern, in denen schon der Verdacht, Forschung sei parteiisch, das Vertrauen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in die Wissenschaft untergräbt. Wenn konservative Menschen den Eindruck gewinnen, dass die Sozialwissenschaften speziell ihre Gruppe als defizitär pathologisieren, während die liberalen Milieus geschont werden, werden sie wissenschaftliche Befunde mit Skepsis oder Ablehnung begegnen.

Ein langfristiges Ziel muss daher sein, die Glaubwürdigkeit der Sozial- und Verhaltenswissenschaften bei Menschen unterschiedlicher politischer Orientierung zu stärken. Dies erfordert, dass diese Disziplinen sichtbar auch die eigenen liberalen Milieus kritisch untersuchen, interne Vorurteile benennen und bereit sind, selbst unangenehme Befunde zu publizieren, die das eigene Lager nicht in einem vorteilhaften Licht erscheinen lassen. Erst wenn Menschen auf der rechten wie linken Seite sehen, dass Wissenschaftler bereit sind, „vor der eigenen Haustür zu kehren“, kann wissenschaftliche Autorität wieder stärker als überparteiliche Ressource akzeptiert werden.

8. Schlussfolgerung: Synthese und Ausblick

8.1. Zusammenführung der zentralen Befunde

Die im Rahmen dieser Arbeit diskutierte These besagt, dass bei wissenschaftlichen Untersuchungen von Unterschieden in der Gesinnung von Menschen – insbesondere wenn nachteilige Eigenschaften wie geringere Intelligenz oder Empathie ins Spiel kommen – die betroffenen Gesinnungen in der Regel nicht mit der Gesinnung der Forscher übereinstimmen. Mit anderen Worten: Forscher schreiben politischen Gruppen, denen sie selbst nicht angehören, negative Eigenschaften zu. Die Auswertung der vorhandenen Literatur zeigt, dass dieser Verdacht in wesentlichen Punkten begründet ist, wengleich die Realität differenzierter ist als eine einfache Freund–Feind-Zuschreibung.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Sozial- und Verhaltenswissenschaften, insbesondere jene Zweige, die sich mit politischer Ideologie, Vorurteilen und Moral beschäftigen, eine deutliche Dominanz liberaler und linksgerichteter politischer Orientierungen aufweisen. Konservative und rechte Wissenschaftler sind in diesen Feldern stark unterrepräsentiert. Dies ist empirisch durch Umfragen in Fachverbänden, Erhebungen zur politischen Selbsteinschätzung von Professoren und qualitative Berichte konservativer Wissenschaftler gut belegt. Politische Homogenität ist somit keine bloße Vermutung, sondern eine nachweisbare strukturelle Eigenschaft dieser Disziplinen.

Zweitens zeigt die Durchsicht der Forschung zu Intelligenz, Empathie, Moral, Vorurteilen und Verschwörungsglauben, dass konservative und rechte Ideologien häufig mit negativ konnotierten Eigenschaften in Verbindung gebracht werden. Konservative werden etwa als ängstlicher, autoritärer, weniger offen für Erfahrungen und weniger empathisch beschrieben. Liberale

erscheinen in vielen Studien als rationaler, empathischer und moralisch sensibler. Zwar existieren auch Befunde, die diese Einseitigkeit relativieren oder umkehren – etwa der Nachweis geringerer Empathie liberaler Menschen gegenüber konservativen Outgroups oder die Feststellung, dass politischer Bias in der selektiven Informationsverarbeitung auf beiden Seiten ähnlich stark ausgeprägt ist. Dennoch bleibt die Gesamtbilanz deutlich asymmetrisch: Die Defizite konservativer Gruppen sind prominenter und besser dokumentiert als die Defizite liberaler Gruppen.

Drittens erklären theoretische und strukturelle Analysen, warum diese Konstellation kaum Zufall sein kann. Confirmation bias, motiviertes Denken und gruppenbezogene Loyalität sind universelle menschliche Tendenzen, von denen auch Wissenschaftler nicht ausgenommen sind. In einem Feld, das politisch homogen ist und in dem liberale oder linke Überzeugungen dominieren, ist die Gefahr besonders groß, dass Forschungsthemen, Hypothesen und Interpretationen im Einklang mit diesen Überzeugungen stehen. Hinzu kommen Publikationsbias, Gatekeeping im Peer Review, die Replikationskrise und eine akademische Kultur, die konservative Perspektiven eher marginalisiert. All dies begünstigt eine Wissensproduktion, in der negative Eigenschaften bevorzugt „den anderen“ – in diesem Fall konservativen und rechten Gruppen – zugeschrieben werden.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass die Wissenschaft über Mechanismen der Selbstkorrektur verfügt. Replikationsstudien haben etwa die anfänglich populäre Hypothese eines physiologischen Negativity-Bias bei Konservativen in Frage gestellt. Meta-Analysen politisch motivierten Denkens zeigen symmetrische Verzerrungen auf beiden Seiten. Arbeiten wie die Moral Foundations Theory versuchen, konservative und liberale Moral strukturell zu verstehen, statt eine Seite moralisch zu pathologisieren. Diese korrigierenden Tendenzen sind bedeutsam und zeigen, dass Wissenschaft nicht einfach ein politisches Kampfmittel ist, sondern sich – zumindest teilweise – an Standards der Rationalität und Evidenz orientiert.

8.2. Inwiefern ist die These bestätigt oder zu relativieren?

Insgesamt lässt sich sagen, dass die These im Kern einen realen und wichtigen Sachverhalt trifft, aber in ihrer elementaren Form verfeinert werden muss. Sie ist insofern bestätigt, als es tatsächlich eine strukturelle Tendenz gibt, dass liberale oder linke Wissenschaftler konservativen und rechten Gruppen negative Eigenschaften zuschreiben, und zwar häufiger und prominenter als umgekehrt. Diese Tendenz ist das Ergebnis einer Kombination aus politischer Homogenität, kognitiven Verzerrungen, strukturellen Mechanismen des Publikationssystems und einer polarisierenden politischen Kultur, in der konservative Ideologien in vielen akademischen Kontexten als problematisch oder rückständig betrachtet werden.

Gleichzeitig wäre es falsch, aus dieser Beobachtung zu folgern, die gesamte politisch-psychologische Forschung sei nichts anderes als ideologisch motivierte Stigmatisierung von Konservativen. Es gibt genuin empirische Gründe, bestimmte problematische Phänomene wie Rassismus, autoritäre Aggression oder verschwörungsideologische Radikalisierung verstärkt in bestimmten politischen Milieus anzutreffen. Es gibt reale Unterschiede in Werten, moralischen Intuitionen und kognitiven Stilen, die nicht vollständig auf politische Verzerrung reduziert werden können. Die Aufgabe besteht darin, diese Unterschiede mit methodischer Strenge, symmetrischer Aufmerksamkeit und interpretativer Zurückhaltung zu untersuchen, ohne sie vorschnell in moralische Hierarchien zu überführen.

Die These ist daher teilweise zu relativieren: Nicht jeder Befund über konservative Defizite ist Ausdruck politischer Parteilichkeit, und nicht jede Studie, die Liberale in vorteilhaftem Licht

erscheinen lässt, ist notwendigerweise verzerrt. Aber die Strukturen und Mechanismen, die zu einer systematischen Asymmetrie führen, sind real und müssen ernst genommen werden. Es wäre naiv, die politische Homogenität der Sozialwissenschaften als irrelevant für die Formierung wissenschaftlicher Narrative zu betrachten. Vielmehr ist sie ein zentraler Faktor, der bewusst in die Reflexion über Forschungspraxis, Ausbildung und institutionelles Design einbezogen werden muss.

8.3. Perspektiven für eine ausgewogenere Erforschung ideologischer Unterschiede

Für die Zukunft der Forschung zu politischen Ideologien, Vorurteilen und moralischen Differenzen ergeben sich mehrere Perspektiven. Ein zentrales Ziel sollte sein, die Erforschung politischer Unterschiede stärker bidirektional und symmetrisch zu gestalten. Dies bedeutet, dass nicht nur gefragt werden sollte, welche Defizite konservative Gruppen aufweisen, sondern ebenso, welche Defizite liberale Gruppen haben. Ebenso sollte man untersuchen, welche Stärken und funktionalen Leistungen beide Seiten mitbringen. Eine solche symmetrische Zugangsweise kann dazu beitragen, die polarisierenden Effekte politischer Forschung zu mildern und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

Zugleich ist es wichtig, die bereits existierenden Selbstkorrekturmechanismen zu stärken. Replikationsstudien, Präregistrierung und offene Datenpraktiken sollten insbesondere in politisch sensiblen Themenfeldern zur Norm werden. Meta-Analysen sollten systematisch prüfen, ob behauptete Asymmetrien tatsächlich robust sind oder ob sie eher das Produkt selektiver Publikation und thematischer Schlagseite darstellen. Je mehr die Forschung auf kumulativer Evidenz basiert, desto geringer ist die Gefahr, dass einzelne, zufällige oder verzerrte Studien ein dauerhaft schiefes Bild von bestimmten ideologischen Gruppen prägen.

Institutionell ist die Förderung ideologischer Diversität ein weiterer wichtiger Schritt. Fachgesellschaften, Journale und Departments sollten reflektieren, ob ihre Strukturen und Kulturen konservative oder rechte Perspektiven de facto ausschließen oder benachteiligen. Dies betrifft nicht nur formelle Verfahren, sondern auch informelle Normen und den Ton des Diskurses. Ein akademisches Klima, in dem konservative Studierende und Forscher ihre Ansichten ohne Stigmatisierung artikulieren können, ist Voraussetzung dafür, dass auch die Perspektiven dieser Gruppen in die Forschung einfließen und blinde Flecken reduziert werden.

Schließlich sollten Wissenschaftler sich ihrer Rolle in der öffentlichen Kommunikation bewusster werden. Wenn sie Forschungsergebnisse zu politisch aufgeladenen Themen präsentieren, sollten sie deutlich machen, dass diese Ergebnisse kontextabhängig, probabilistisch und revisionsanfällig sind. Die Versuchung, komplexe Zusammenhänge in simplifizierten Schlagzeilen wie „Konservative sind weniger intelligent“ oder „Liberale sind moralisch überlegener“ zu verdichten, sollte aktiv zurückgewiesen werden. Stattdessen sollte der Fokus auf den Mechanismen, Bedingungen und Beschränkungen der Befunde liegen. Nur so kann verhindert werden, dass Wissenschaft als Waffe im politischen Meinungskampf instrumentalisiert wird.

8.4. Abschließende Bemerkungen

Die vorliegende Analyse macht deutlich, dass die Frage nach politischer Verzerrung in der Forschung über ideologische Unterschiede kein Randthema, sondern eine zentrale wissenschaftsethische und epistemische Herausforderung ist. In einer Zeit, in der das Vertrauen in Institutionen und Experten in vielen Teilen der Gesellschaft schwindet und Polarisierung zunimmt,

ist es besonders wichtig, dass Wissenschaft glaubwürdig als Raum der möglichst unparteiischen Wahrheitssuche wahrgenommen wird. Dies setzt voraus, dass sie sich ihrer eigenen politischen Verflechtungen bewusst wird und aktiv daran arbeitet, diese zu reflektieren und zu korrigieren.

Die These, dass Wissenschaftler bei der Untersuchung politischer Gesinnungsunterschiede meist jene Gruppen als defizitär darstellen, deren Ideologie sie selbst nicht teilen, ist ein warnendes Signal. Sie erinnert daran, dass auch Wissenschaftler in soziale und politische Kontexte eingebettet sind und dass ihre Arbeit von denselben kognitiven und motivationalen Kräften geprägt wird wie andere Formen menschlichen Handelns. Die Antwort darauf kann jedoch nicht sein, Wissenschaft pauschal zu delegitimieren oder sie als bloßes Machtinstrument abzutun. Vielmehr besteht die Chance darin, diese Einsicht zu nutzen, um die Strukturen und Praktiken der Forschung zu verbessern.

Wenn es gelingt, ideologische Diversität zu fördern, methodische Standards zu erhöhen, symmetrische Forschungsdesigns zu etablieren und politische Advocacy klar von wissenschaftlicher Analyse zu trennen, kann die Forschung über politische Unterschiede einen wichtigen Beitrag zu einem aufgeklärten, pluralen und selbstkritischen gesellschaftlichen Diskurs leisten. In diesem Sinne ist die Kritik, die in der Ausgangsthese formuliert wurde, nicht nur als Anklage, sondern auch als Einladung zur Selbstverbesserung des wissenschaftlichen Systems zu verstehen.